

## **Rahmenvereinbarung**

über die Prüfung und Testierung der Jahresrechnung

Zwischen der           AOK Sachsen-Anhalt - Die Gesundheitskasse -  
                                  Lüneburger Straße 4  
                                  39106 Magdeburg

vertreten durch den Vorstand  
Herrn Ralf Dralle

- im folgenden Auftraggeberin genannt -

und der Firma           NN  
                                  Straße Nr.  
                                  PLZ, Ort  
                                  vertreten durch <den/die Geschäftsführer(in)>  
                                  Herr/Frau NN

- im folgenden Auftragnehmer genannt -

## **§ 1 Gegenstand der Leistung**

Der Auftragnehmer prüft und testiert die Jahresrechnung für das Jahr 2026 der Auftraggeberin einschließlich des Sondervermögens nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz und der Pflegekasse gemäß § 77 SGB IV unter Beachtung der Vorgaben des § 31 SVHV sowie der weiteren für die gesetzliche Krankenversicherung geltenden Rechtsvorschriften und erstellt jeweils einen Prüfbericht.

Die Leistungsbeschreibung (Anlage 1) ist Vertragsbestandteil.

Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt. Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander:

- a) die Leistungsbeschreibung,
- b) besondere Vertragsbedingungen,
- c) die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.08.2003 (BANz. Nr. 178a)

## **§ 2 Ausführungsfrist**

Die Jahresrechnungen nach § 1 sind jeweils bis zum Freitag in der 17. Kalenderwoche des Folgejahres zu prüfen und der jeweilige Prüfbericht bis zu diesem Datum vorzulegen.

## **§ 3 Ausführung der Leistung**

- 1) Der Ort der Leistungserbringung ist Magdeburg.
- 2) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistung unter Beachtung des bei Vertragsabschluss aktuellen Standes der für seinen Tätigkeitsbereich maßgeblichen Gesetze, Bestimmungen und Sorgfaltsanforderungen. Er gewährleistet den Einsatz von Personal, das für die Erbringung der vereinbarten Leistung qualifiziert ist.
- 3) Die Auftraggeberin kann sich jederzeit von der vertragsmäßigen Ausführung der Leistung unterrichten.

## **§ 4 Ansprechpartner**

- 1) Ansprechpartner des Auftragnehmers ist ausschließlich der Vorstand der Auftraggeberin, es sei denn, dieser benennt einen anderen Ansprechpartner.
- 2) Die Auftraggeberin wird Vorstellungen in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen dem vom Auftragnehmer benannten verantwortlichen Ansprechpartner übermitteln und etwaigen übrigen vom Auftragnehmer eingesetzten Personen keine Weisung erteilen.

## **§ 5 Vertraulichkeit/ Datenschutz**

- 1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vertraglich vereinbarten Leistungen ordnungsgemäß und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen auszuführen sowie die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags kontinuierlich zu überwachen

und zu kontrollieren. Dabei hat der Auftragnehmer die einschlägigen gesetzlichen Datenschutzbestimmungen, insbesondere die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das SGB X, das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie das Landesdatenschutzgesetz einzuhalten.

- 2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz und zur Datensicherheit nach Maßgabe des Art. 32 DSGVO in Verbindung mit den einschlägigen Regelungen des Sozialgesetzbuches zu treffen und fortlaufend auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die Maßnahmen müssen dabei mindestens dem Schutzniveau entsprechen, das für die AOK Sachsen-Anhalt gilt.
- 3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche im Rahmen dieses Vertrages bekanntwerdenden Daten und Informationen – insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Sozialdaten im Sinne des § 67 SGB X, personenbezogene Daten sowie persönliche Verhältnisse Betroffener – vertraulich zu behandeln und nicht unbefugt an Dritte weiterzugeben. Dies gilt auch für alle im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrages erlangten Unterlagen.
- 4) Die Daten dürfen ausschließlich zu den in diesem Vertrag festgelegten Zwecken verarbeitet und genutzt sowie nur so lange gespeichert werden, wie dies für die Durchführung des Auftrags bzw. die Abrechnung erforderlich ist. Nach Wegfall des Zwecks sind die Daten unverzüglich und vollständig zu löschen, sofern nicht gesetzliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.
- 5) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz gelten über die Beendigung dieses Vertrages hinaus fort.

### **§ 6 Vergütung**

- 1) Die Vergütung des Auftragnehmers richtet sich nach dem Angebotspreis gemäß Anlage 2 - Preisblatt.
- 2) Die Vergütung wird erst nach vollständiger Vertragserfüllung geleistet. Abschlagszahlungen können nur ausnahmsweise gegen Vorlage einer entsprechenden Vertragserfüllungsbürgschaft (in Höhe etwaiger Vorauszahlung) erfolgen.
- 3) Die Zahlung erfolgt bargeldlos. Die Zahlung wird einen Monat nach Beendigung des Auftrages und nach Vorliegen einer prüffähigen Rechnung fällig.
- 4) Eine Abtretung von Ansprüchen, die dem Auftragnehmer zustehen, ist ohne vorherige Zustimmung des Auftragsgebers verboten.

### **§ 7 Loyalitätsklausel**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Zuge der Erfüllung dieses Vertrages konstruktiv und loyal zusammenzuarbeiten. Die Vertragsparteien werden sich wechselseitig und unverzüglich über alle Umstände und Geschehnisse informieren, die für die Zusammenarbeit nach diesem Vertrag von Bedeutung sind oder sein können.

### **§ 8 Nachunternehmer**

- 1) Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin an andere übertragen. Vor der Zustimmung muss der Auftraggeberin das Nachunternehmerverzeichnis und eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers zu dessen Zugriffs- und Leistungsfähigkeit durch den Auftragnehmer vorgelegt werden.
- 2) Der Einsatz von Nachunternehmern darf die vertragsgemäße Leistungserbringung des Auftragnehmers nicht beeinträchtigen. Nachunternehmer (auch freie Mitarbeiter), die mit der Ausführung von Leistungen nach § 1 dieses Vertrages betraut sind, haben die Voraussetzungen nach § 77 Abs. 1a Satz 5 und 6 SGB IV zu erfüllen. Der Auftraggeberin sind für eine Prüfung sämtliche diesbezüglich erforderliche Unterlagen von dem Auftragnehmer zur Verfügung zu stellen.
- 3) Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist (§ 4 Nr. 4 VOL/B). Unwesentliche Teilleistungen sind z.B. die Übertragung von Post- und Versandleistungen.
- 4) Nachunternehmer sind Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers im Sinne von § 278 BGB.

### **§ 9 Rechte an Leistungsergebnissen**

Die Auftraggeberin soll in umfassender Weise in die Lage versetzt werden, die erzielten Leistungsergebnisse in unveränderter oder veränderter Form in jeder Hinsicht im eigenen Unternehmen zu verwerten oder unentgeltlich an Dritte weiterzugeben, insbesondere im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung.

Der Auftragnehmer überträgt der Auftraggeberin alle ihm zustehenden Rechte an den erbrachten Leistungsergebnissen. Soweit Rechte nicht übertragbar sind, räumt der Auftragnehmer der Auftraggeberin das ausschließliche, räumlich und zeitlich unbeschränkte, Recht ein, die im Rahmen dieses Vertrages erbrachten Leistungsergebnisse auf alle bekannten Nutzungsarten einschließlich aller zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses unbekannten Nutzungsarten zu nutzen.

Die eingeräumten Rechte beziehen sich auch auf Zwischenergebnisse, Dokumentationen und Hilfsmittel sowie auf das Recht zur Bearbeitung, Änderung, Weiterentwicklung und Verbindung mit anderen Werken. Die Übertragung bzw. Einräumung gilt ab Entstehung des jeweiligen Rechts; sie ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

### **§ 10 Gewährleistung**

Wird die Prüfung der Jahresrechnungen nicht vertragsgemäß oder fehlerhaft erbracht und hat der Auftragnehmer dies zu vertreten, so ist er verpflichtet, diese ohne Mehrkosten für die Auftraggeberin innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen. Voraussetzung ist eine Rüge der Auftraggeberin, die unverzüglich zu erfolgen hat, spätestens innerhalb von 2 Wochen nach Kenntnis der fehlerhaften Leistungserbringung. Gelingt die vertragsgemäße und fehlerfreie Erbringung der Prüfung der Jahresrechnungen auch innerhalb einer von der Auftraggeberin ausdrücklich zu setzenden angemessenen Nachfrist nicht, ist die Auftraggeberin berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen. Im Falle einer solchen Kündigung hat der

Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung, für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages erbrachten und der Auftraggeberin nachweislich nutzbaren Leistungen.

Die Gewährleistungsfrist beträgt 12 Monate. Die jeweilige Frist beginnt mit der Vorlage des Prüfberichtes gemäß § 2.

Weitergehende Ansprüche der Auftraggeberin wegen der Schlechtleistung durch den Auftragnehmer werden durch die Regelungen nicht ausgeschlossen.

### **§ 11 Haftungsbeschränkung**

- 1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Auftragnehmers, insbesondere gesetzliche Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- 2) Findet Abs. 1 keine Anwendung, ist die Haftung des Auftragnehmers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall auf 4 Millionen Euro beschränkt.

### **§ 12 Laufzeit und Kündigung**

- 1) Dieser Vertrag tritt am 01.10.2026 in Kraft und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, am 30.09.2027.
- 2) Die Auftraggeberin kann den Vertrag jederzeit mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende schriftlich kündigen. Die bis dahin erbrachten Leistungen sind vom Auftragnehmer nachzuweisen und von der Auftraggeberin entsprechend zu vergüten.
- 3) Die Auftraggeberin ist zur außerordentlichen Kündigung berechtigt. Ein außerordentlicher Grund liegt für die Auftraggeberin auch dann vor, wenn aufgrund eines Eingreifens einer sonstigen Maßnahme der aufsichtsführenden Behörde oder gerichtlichen Maßnahme die Grundlagen der Vertragserfüllung wesentlich verändert wird oder ganz entfällt. Erfolgt eine außerordentliche Kündigung, richtet sich die Vergütung nach der bis zur Kündigung erbrachten Leistung. Die bis dahin erbrachten Leistungen sind vom Auftragnehmer nachzuweisen.
- 4) Die Auftraggeberin hat das Recht, den Vertrag insgesamt einmal für drei Jahre bis längstens zum 30.09.2030 zu verlängern. In diesem Fall hat sie den Auftragnehmer bis spätestens 3 Monate vor dem Vertragsende über die Verlängerung schriftlich in Kenntnis zu setzen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Verlängerung besteht nicht.
- 5) Eine Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

### **§ 13 Gerichtsstand**

Gerichtsstand für etwaige Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Magdeburg.

#### **§ 14 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder sollte eine Lücke dieses Vertrages offenbar werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die unwirksame oder fehlende Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die wirksam ist und dem mit der unwirksamen oder fehlenden Bestimmung angestrebten wirtschaftlichen Zweck so weit wie möglich entgegenkommt.

Ort, Datum

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Auftragnehmer

\_\_\_\_\_  
Auftraggeberin

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Leistungsbeschreibung

Anlage 2: Preisblatt